



GR	Geschäft Nr. 153 / 2016
----	-------------------------

Eingegangen am

17. Nov. 2016

Sekretariat Gemeinderat

T +41 44 8210815
E info@gruene-duebi.ch

Herr
Gemeinderatspräsident
Hanspeter Schmid
Ratssekretariat / Stadtverwaltung
8600 Dübendorf

15. November 2016

INTERPELLATION ZUR NIEDERSCHWELLEN SOZIALBERATUNG

In Dübendorf existiert die sogenannte Kosodü (Koordination Sozialarbeit Dübendorf), ein loser Verband aller Organisationen, die in Dübendorf sozial tätig sind. An den Sitzungen nehmen unter anderen teil: Vertreterinnen und Vertreter der Landeskirchen, des Kinder- und Jugendzentrums des Kantons Zürich, der Suchtpräventionsstelle, des Familienzentrums, der Kinder- und Jugendarbeit und der Integrationsstelle der Stadt, des Alters- und Spitexzentrums, der Schulsozialarbeit, der KESB und auch der Sozialvorstand. VertreterInnen der Abteilung Soziales der Stadt nehmen offenbar selten an den regelmässigen Austauschsitzungen teil, der Abteilungsleiter und die Leiterin der Sozialhilfe haben mindestens in den letzten drei Jahren nicht teilgenommen.

Die Mitglieder der Kosodü haben oft Hilfesuchende in ihren Institutionen, die in Not sind. Es sind dies Personen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden und die sich alleine nicht mehr zu helfen wissen. Gemäss den Kosodü-Mitgliedern sind das meist einfache Leute, die zum Beispiel eine Trennung hinter sich, die Wohnung verloren oder Schulden haben. Oft sind es Personen mit Migrationshintergrund, aber auch viele Schweizerinnen und Schweizer sind betroffen.

Die Kosodü-Mitglieder bekommen immer wieder Rückmeldung von solchen Personen, dass sie bei der Sozialberatung an der Bettlistrasse abgewimmelt, unfreundlich behandelt oder sogar schikaniert wurden.

Die Stadt ist gemäss §11 des Zürcher Sozialhilfegesetzes verpflichtet, sogenannte „Persönliche Hilfe“ zu leisten in Form von Beratung und Betreuung. Sie kann diese Aufgabe auch delegieren, muss aber finanziell dafür aufkommen. In solch einer niederschweligen Beratung geht es darum, eine Auslegeordnung zu machen und zu schauen, wie die Personen sich selber helfen können oder wo sie Hilfe bekommen.



Den Mitgliederinstitutionen der Kosodü sind die Hände gebunden, denn sie haben alle einen konkreten Wirkungskreis. In einzelnen Fällen können sie jeweils helfen, in anderen aber wäre der Einsatz der städtischen Sozialhilfe gefragt. Die Mitarbeitenden der Institutionen können aber die Hilfesuchenden nicht mit gutem Gewissen zum Sozialamt schicken, um die „Persönliche Hilfe“ in Anspruch zu nehmen, da sie wissen, dass dort entweder keine oder nur ungenügende Beratung stattfindet und zudem die Hilfesuchenden sehr unfreundlich behandelt werden.

Durch die „Persönliche Hilfe“ kann oft eine negative Entwicklung unterbrochen und unter Umständen eine finanzielle Abhängigkeit vom Sozialamt verhindert werden. Dies bedeutet auch eine Kostenersparnis auf Seiten der Stadt. In den Geschäftsberichten beklagt die Abteilung Soziales Jahr für Jahr eine steigende Anzahl Fälle bei den Sozialhilfebezügern.

In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieviele Personen wurden in den letzten fünf Jahren beraten, die nicht Sozialhilfebezügler sind?
2. Warum ist nichts über „Persönliche Hilfe“ in den Geschäftsberichten der Stadt zu finden?
3. Wer auf der Sozialhilfe ist zuständig für die „Persönliche Hilfe“ und wie läuft diese jeweils ab? Wird ein Termin mit den hilfesuchenden Personen abgemacht?
4. Warum nimmt selten jemand vom Sozialamt an den Kosodü-Sitzungen teil, abgesehen vom Sozialvorstand?
5. Hat der Stadtrat Kenntnis davon, dass Hilfesuchende bei der Sozialhilfe abgewiesen und unfreundlich bis respektlos behandelt werden?
6. Wenn ja, warum unternimmt er nichts dagegen?
7. Ist dem Stadtrat bewusst, dass die „Persönliche Hilfe“ Kosten bei der Sozialhilfe einsparen kann? Kann der Stadtrat etwas unternehmen, um die steigenden Kosten bei der Sozialhilfe auf diese Art in den Griff zu kriegen?

Ich danke für die sorgfältige Beantwortung meiner Fragen.

Flavia Sutter
Gemeinderätin SP/Grüne